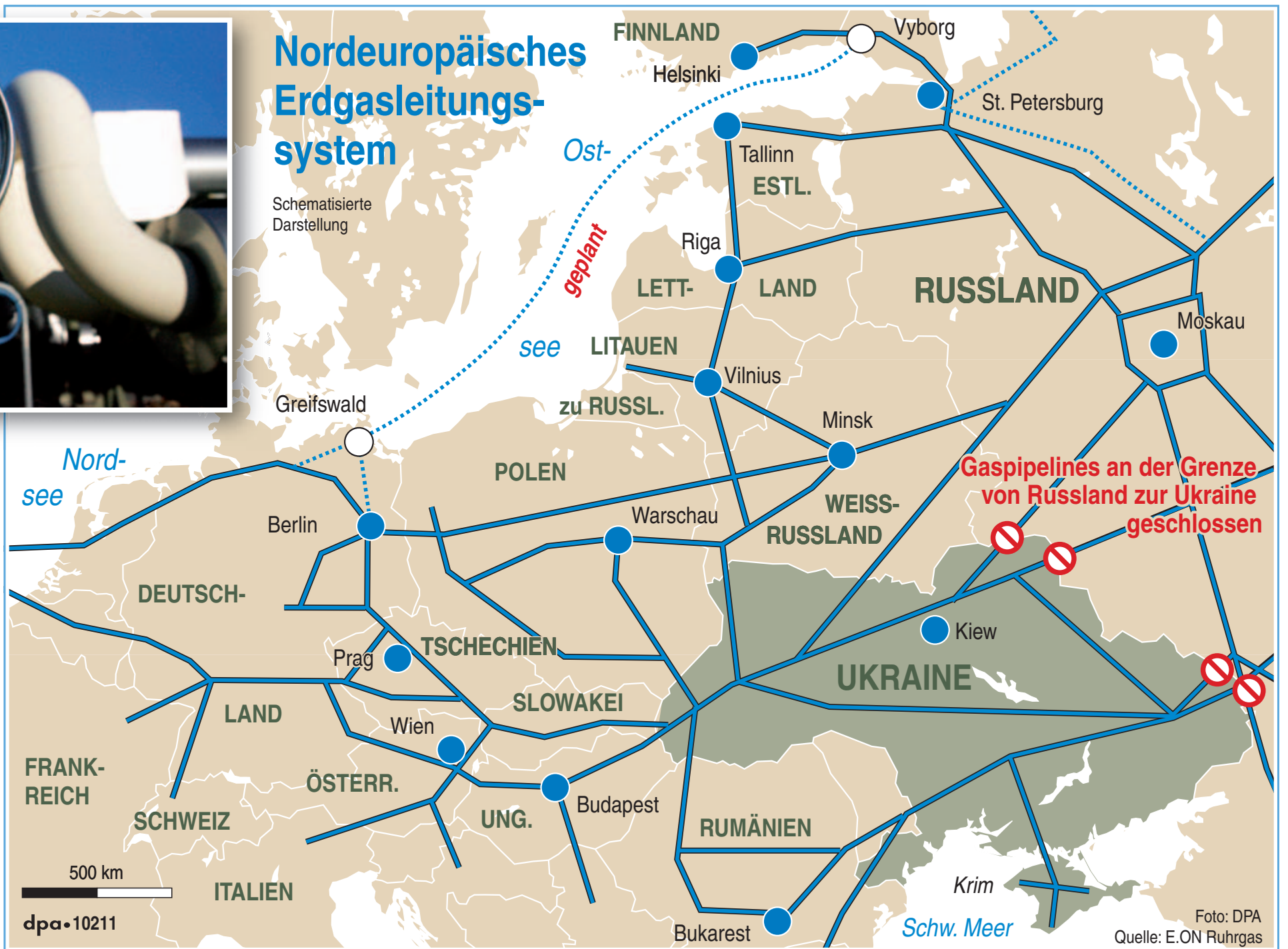


Gasstopp: Europa guckt in die Röhre



Nordeuropäisches Erdgasleitungssystem

Schematisierte Darstellung



So riesig und doch so anfällig. Das Netz der Gaspipelines zwischen Russland und Mitteleuropa. Dazwischen immer wieder Verdichterstationen wie im sächsischen Sayda (kleines Foto).

Der Streit zwischen Moskau und Kiew hat sich dramatisch zugespitzt. Seit gestern kommt in zahlreichen europäischen Ländern kein russisches Gas mehr an. Der Energieriese Gazprom demonstriert einmal mehr seine Macht.

Von JENS BURMEISTER

Die Lage verschlechterte sich von Stunde zu Stunde. In ganz Mitteleuropa fiel gestern der Gasdruck in den aus Osten kommenden Pipelines rapide ab. Und das mitten im eiskalten Januar. „Die Situation ist völlig inakzeptabel“, schimpfte die EU-Kommission. Brüssel ist stocksaure. Sauer auf den staatsnahen russischen Energieerzeuger Gazprom und die ukrainische Regierung, deren bilateraler Konflikt Westeuropas Energieversorgung nach dem Winter 2005/06 einmal mehr gefährdet. In der Türkei, Bulgarien, Rumänien, Österreich, Griechenland, Mazedonien, Kroatien, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn – überall kam weniger oder gar kein Erdgas mehr an. Selbst in Deutschland kam es zu massiven Lieferausfällen.

Der Krimi beschuldigt den Nato-Aspiranten Ukraine des Gas-Diebstahls und verlangt höhere Preise, die Begleichung von Milliarden schulden oder Besitzrechte an ukrainischen Pipelines. Um den Druck zu erhöhen, hat Gazprom nach Kiewer Version den Gastransit durch die Ukraine komplett eingestellt. Nach Moskauer Lesart haben die Ukrainer drei von vier Leitungen nach Mitteleuropa stillgelegt. Sicher ist nur, dass in der Europäischen Union der Streit um Energiesicherheit und das strategische Verhältnis zum Kiew neu entbrennen wird. Im Jahr 2030 wird die EU

etwa 87 Prozent ihres benötigten Erdgases importieren müssen, heute sind es knapp 60 Prozent, wovon allein Gazprom ein Viertel liefert. Und mit der geplanten Fertigstellung der Ostsee-Pipeline 2012 wird es noch weit mehr sein. Vor allem durch den Bau neuer Gaskraftwerke, die alte Kohleleimer ersetzen sollen, wird sich die Abhängigkeit von den Lieferländern erhöhen. Mit dem wirtschaftlichen steigt auch das politische Risiko. Die Vision in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten lautet daher: Europa befreit sich aus dem Zangengriff des russischen Rohstoff-Giganten, indem es Gas aus weit mehr Förderstaaten als bisher bezieht.

Leichter gesagt als getan. Im Augenblick muss sich die EU wie im Rennen zwischen Hase und Igel vorkommen. Überall, wo Westeuropas Manager auftauchen, sind Vertreter von Gazprom schon da. Das Thema ist politisch hochbrisant. „Gazprom verfolgt den Plan, gegenüber Europa zum Monopolversorger zu werden“, warnt der Pole Jacek Saryusz-Wolski, Chef des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament. Nirgends wird das Versagen der Europäer so augenfällig wie beim Pipeline-Projekt „Nabucco“. Die Trasse, immer noch das zentrale Ener-

gieprojekt der EU, soll den so wichtigen Brennstoff aus Zentralasien heranzuführen und dabei Russland gegenüber Georgien und die Türkei umgehen. Doch der Leitung, die eigentlich 2013 fertig sein sollte, fehlt es schon jetzt am Allerwichtigsten: dem Gas. Turkmenen und Kasachen haben nämlich die größten Mengen des Rohstoffs an die Russen verkauft, die nun eine eigene Pipeline ins Herz Mitteleuropas planen („South



Stream“). Und der an Erdgas reiche Iran ist vor allem auf US-Druck politisch isoliert und wird in absehbarer Zeit wohl nicht als alternative Energiequelle bereitstehen. Reihenweise sind EU-Staaten wie Bulgarien, Ungarn oder Griechenland daher zum Gazprom-Projekt überelaufen. Zudem macht der jüngste russisch-georgische Krieg im Kaukasus deutlich, dass sich „das ganze Gerede über einen neuen Energiekorridor“ an der russischen Südfanke erledigt habe. Da ist sich der britische Energie-Fachmann Jonathan Stern vom Oxford Institute sicher.

Selbst in Nordafrika mischt Gazprom mit. In Algerien, dem drittgrößten Gaslieferanten der EU, hat der Konzern eine Allianz

mit dem heimischen Energieriesen Sonatrach geschlossen. Und Libyen gegenüber hat Gazprom das erstaunliche Angebot gemacht, dessen gesamten Gas- und Ölexporte aufzukaufen. Selbst in Nigeria wollen die Russen Gasvorkommen erschließen und eine 4000-Kilometer-Pipeline quer durch die Sahara ans Mittelmeer bauen. „Es geht um die Kontrolle der Lieferwege“, sagt Jens Hobohm, Energieexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Ein Ausweg: der Import von Flüssiggas (LNG). Dabei wird das Gas bei Temperaturen um minus 160 Grad verflüssigt und auf Spezialtanker gepumpt. Während etwa Briten und Italiener bei diesen Projekten richtig „Gas geben“, hinken die Deutschen hinterher. Der bundesweit größte Versorger E.ON Ruhrgas erwägt seit zwei Jahrzehnten ein LNG-Terminal in Wilhelmshaven zu bauen. Beschlossen ist es bis heute nicht. Doch selbst, wenn dort irgendwann einmal Tanker anlanden, hat Gazprom vorgebaut. Erst vor wenigen Tagen verkündete Moskau die Gründung eines Bündnisses gasexportierender Nationen – darunter auch der Iran und Katar. Diese als „Gas-Opec“ bezeichnete Allianz könnte in Zukunft ein erhebliches Machtpotenzial entwickeln. Bisher werden Gasverträge noch langfristig – oft über 30 Jahre – abgeschlossen. Doch wenn die EU den Wettbe-

werb zwischen den Anbietern tatsächlich erhöhen und mehr Flüssiggas importieren will, sehen Experten bereits einen sogenannten Spotmarkt ähnlich wie beim Öl entstehen, an dem Erdgas zu tagesaktuellen Preisen gehandelt wird. Bei einer entsprechenden technischen Infrastruktur zur Flüssigvergasung und mehr oder weniger befreit von langfristigen Lieferverträgen, könnten Mitglieder einer „Gas-Opec“ ihre Marktmacht ungehindert ausüben. Die Folgen sind nicht zu unterschätzen, warnt die Energieexpertin des Instituts der Deutschen Wirtschaft (DIW), Claudia Kemfert: „Die Gefahr der Gründung eines Gaskartells wird oft heruntergespielt. Wohl aus strategischen Interessen, um keine schlafenden Hunde zu wecken.“

Europa ist gefordert. Es muss die unterschiedlichen Energiestrategien seiner Mitgliedsländer endlich bündeln. Nur geeint als „Verbraucher-Kartell“ kann es sich einem drohenden Gazprom-Monopol entziehen. Die Chancen stehen trotz allem gut: Immerhin 80 Prozent ihres Erdgases verkaufen die Russen an die EU. Brüssel hat jetzt den Zusammenschluss europäischer Gaskonzerne wie E.ON, RWE oder Gaz de France zum Käuferkartell vorgeschlagen. Am Ende wird man sich vertragen müssen. Der Kiew und die EU sind aufeinander angewiesen. Die Westeuropäer wollen nicht frieren, und die Russen wollen nicht hungern.

HINTERGRUND

Gas in Speichern reicht für 40 Tage

Die Einschränkung russischer Gaslieferungen hat Westeuropa kalt erwischt. Russland ist für Deutschland mit einem Lieferanteil von 37 Prozent der wichtigste Erdgaslieferant. Auf den nächsten Plätzen folgen Norwegen mit 26 und die Niederlande mit 18 Prozent. Nur zu 15 Prozent fördert Deutschland sein Erdgas selbst, ei-



Deutschland hat vorgesorgt: Die Heizungen laufen weiter. Foto: dpa

nen Großteil davon in Niedersachsen. Das russische Gas kommt auf zwei Wegen nach Deutschland: Über die Ukraine, mit der Russland im Streit liegt, und über Weißrussland. Den Transitleitungen durch die Ukraine kommt dabei mit rund 80 Prozent der Gaslieferungen eine Schlüsselrolle zu. Nur rund ein Fünftel des russischen Gases fließt durch Weißrussland. Die Ostsee-Pipeline von Russland nach Lubmin am Greifswalder Bodden ist nach derzeitigem Stand nicht vor 2012 fertig.

Knapp 50 Prozent aller Wohnungen und sogar zwei Drittel aller Neubauwohnungen werden hierzulande mit Erdgas geheizt – insgesamt sind das mehr als 18 Millionen Haushalte. Die deutschen Verbraucher können sich „auf eine sichere Versorgung mit Erdgas verlassen“, beteuerte gestern der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Schließlich fassten die mehr als 40 Erdgas-Speicher in Deutschland rund ein Viertel des Jahresverbrauchs von umgerechnet 925 Milliarden Kilowattstunden. Und die seien gut gefüllt, hieß es. Eine große Rolle spielt das Wetter. Nach Angaben des Außenhandelsverbandes für Mineralöl und Energie reichen die Speicherkapazitäten für rund 40 solcher kalten Wintertage.

Experte: Kiew steht Boykott nur zwei Wochen durch

Rostock (OZ) Der Osteuropa-Experte und Berater des EU-Russland-Zentrums in Brüssel, Prof. Eberhard Schneider, zu den Hintergründen des Gasstreits.

OZ: Was steckt hinter dem Konflikt zwischen Kiew und Moskau?

Schneider: Vordergründig macht sich Gazprom für eine Erhöhung der Gas-Lieferpreise und die Eintreibung ausstehender Schulden gegenüber Kiew stark. Doch dahinter steht vielmehr die strategische Absicht, das ukrainische Pipeline-Netz zu erwerben.

OZ: Warum?

Schneider: Wenn Gazprom das Netz in der Hand hat, haben sich



Prof. Eberhard Schneider.

Gazprom also freie Fahrt?

Schneider: Ganz so einfach ist das nicht. Die ukrainischen Gesetze verbieten den Verkauf des Pipeline-Netzes an einen anderen Staat. Zudem hat Kiew einen Trumpf in der Hand. Es könnte die

Transit-Probleme nach Westeuropa erledigt. Mühsame Verhandlungen gäbe es dann nicht mehr.

OZ: Die Ukraine ist faktisch pleite. Hat der Staatskonzern

Schneider: Ganz so einfach ist das nicht. Die ukrainischen Gesetze verbieten den Verkauf des Pipeline-Netzes an einen anderen Staat. Zudem hat Kiew einen Trumpf in der Hand. Es könnte die

von Gazprom geforderte Gaspreis-Erhöhung durch eine höhere Transitgebühr teilweise kompensieren. Vor allem Präsident Juschtschenko lehnt einen Verkauf des Pipeline-Netzes an Gazprom strikt ab. Eine Kompromiss-Variante wäre eine gemeinsame Verwaltung des Netzes durch Russland, die Ukraine und einen Drittstaat – so wie es vor einigen Jahren schon einmal von den beiden Ex-Präsidenten Putin und Kutschma sowie dem ehemaligen Bundeskanzler Schröder angelehnt war. Schon damals verweigerte sich Juschtschenko, der zu jener Zeit Oppositionsführer war.

OZ: Welche Rolle muss bzw. kann die EU in dieser verfahrenen Situation spielen?

Schneider: Die Ukraine bat bekanntermaßen die EU um Vermittlung, was die erst einmal ablehnte. Ihr Handlungsspielraum ist ohnehin begrenzt. Im Grunde kann sie nur auf beide Parteien einreden, sich konstruktiv zu verhalten.

OZ: Wie geht der Streit aus?

Schneider: Der Konflikt wird nicht von Dauer sein. Vor allem Kiew kann ihn nicht lange durchhalten. Die Ukraine ist zu 47 Prozent auf Erdgas angewiesen, davon kommen 83 Prozent aus Importen – und die vor allem über russi-

sche Pipelines. Ich schätze, dass Kiew einen Gasboykott kaum zwei Wochen durchstehen kann.

OZ: Der Konflikt zwischen Moskau und Kiew könnte auch den Druck zum Bau der Ostsee-Pipeline erhöhen.

Schneider: Völlig richtig. Moskau zieht einen großen politischen Nutzen, einerseits die Dringlichkeit sowohl für die besagte „Nord Stream“-Pipeline als auch für das südliche Gegenstück, das „South Stream“-Projekt, zu unterstreichen. Ganz nebenbei steigt derzeit der Ölpreis, wovon Russland ebenfalls profitiert.

Interview: J. BURMEISTER